

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18/13

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin,
Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte
Nationen, Internationale Organisationen und
Globalisierung im Auswärtigen Ausschuss



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Sprecher für Welternährung und
Obmann im Ausschuss für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 27.3.2015

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

nun hat sie doch nicht stattgefunden, die Begegnung des BMZ-Staatssekretärs Kitschelt mit Pegida-Anhängern in Räumen des Bundestags. Der Unionsvizefraktionschef Vaatz und seine Besucher mussten sich ohne Kitschelt treffen. Schlimm genug, dass überhaupt irgendjemand der Meinung ist, ein solches Gespräch führen zu müssen. Aber immerhin: Der Druck der Opposition verhinderte, dass das Treffen auch noch Regierungsweißen bekommen hätte.

Die Fraktion DIE LINKE trifft sich mit den sozialen Bewegungen, die weltweit für eine soziale und demokratische Veränderung unserer Gesellschaften eintreten: Bei Blockupy, dem europaweiten Protest gegen die Europäische Krisenpolitik, in Frankfurt und beim Weltsozialforum in Tunis. Diese Proteste werden durch Medien und Regierungspolitik verunglimpft. Die Gewalt in Frankfurt, die nicht vom Blockupy-Bündnis ausging, wird dafür instrumentalisiert. Wir finden: Protest gegen die Verarmungspolitik in Südeuropa ist nach wie vor legitim und dringend notwendig.

Die Linksfraktion begrüßt die angekündigte Erhöhung des Entwicklungsetats. Aber mehr Geld allein reicht nicht. Wir brauchen auch eine andere Politik. Hunger bekämpfen und dabei die Profitinteressen der Agrarkonzerne bedienen – das wird nicht klappen. Im Zweifel sitzen die Konzerne am längeren Hebel. Wir setzen stattdessen auf die Unterstützung lokaler Produzenten und Märkte.

Heike Hänsel, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

Pegida im Bundestag (ab S. 3)

Niema Movassat in der Regierungsbefragung (25.3.2015): Kein Treffen von Staatssekretär Kitschelt mit Pegida!

Soziale Bewegungen (ab S. 4)

Kurzintervention von Heike Hänsel (19.3.2015): Doppelstandards bei der Berichterstattung über Gewaltanwendung

Rede von Katja Kipping (19.3.2015): Hinhören, was junge Menschen aus den Krisenländern zu sagen haben!

Bericht Fraktion DIE LINKE (19.3.2015): Von Bankenmacht und Barrikaden

Bericht von Heike Hänsel (25.3.2015): 12. Weltsozialforum beginnt in Tunis

Hungerbekämpfung (ab S. 13)

Rede von Niema Movassat (26.3.2015): Minister Müller, Hungerbekämpfung geht anders!

Rede von Niema Movassat (6.3.2015): Hunger bekämpfen statt Agroindustrie füttern!

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung (16.2.2015): Der Beitrag der German Food Partnership und anderer Public Private Partnerships zur Hunger- und Armutsbekämpfung

Kein Treffen von Staatssekretär Kitschelt mit Pegida !

In der Regierungsbefragung vom 25.3.2015 fragt Niema Movassat die Bundesregierung nach ihrer Haltung zum beabsichtigten Treffen des Staatssekretärs im BMZ, Dr. Kitschelt, mit Vertretern der fremdenfeindlichen Pegida. Tags darauf zog Kitschelt seine Teilnahme an dem Treffen zurück:

Niema Movassat (DIE LINKE): Danke, Frau Präsidentin. – Ich möchte auf einen Aspekt zurückkommen, den mein Kollege Kekeritz bereits angesprochen hatte, nämlich das Treffen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Pegida-Vertretern. Sie haben hier gerade gesagt, das seien irgendwelche Menschen, die bei Pegida mitliefen. Ausweislich der Artikel bei Spiegel Online, n-tv und Tagesspiegel handelt es sich um Vertreter von Pegida. Mich würde ganz konkret interessieren, warum trotz klarer Aussagen auch der Bundeskanzlerin ein offizieller Vertreter der Bundesregierung – ein Staatssekretär ist ein offizieller Vertreter der Bundesregierung – sich in dieser offiziellen Funktion, im Übrigen sogar hier im Parlament, morgen mit Vertretern von Pegida trifft. Ist das eine Haltung, die die Bundesregierung unterstützt? Falls Sie das nicht unterstützen: Warum verhindern Sie das nicht?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern: Ich habe schon gesagt, dass der Ausdruck „Vertreter von Pegida“ nicht so ganz trennscharf ist. Das ist ein Verein von sieben Mitgliedern. Mit denen würde ich mich schon gar nicht treffen. Von den sieben ist auch keiner dabei. Daher ist das ein etwas unklarer Begriff. Ich kann nur wiederholen: Ich stehe für ein solches Gespräch nicht zur Verfügung. Damit habe ich Ihnen, glaube ich, meine Meinung dazu gesagt.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht die Frage! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Frage war anders! – Die Frage können Sie beantworten!)

Doppelstandards bei der Berichterstattung über Gewaltanwendung

„Wir müssen jede Form von Gewalt verurteilen“, so Heike Hänsel in ihrer Kurzintervention in der Aktuellen Stunde zur Gewalt am Rande der Blockupy-Proteste in Frankfurt.

Danke, Frau Präsidentin! - Herr Innenminister,

Sie haben indirekt meinen gestrigen Tweet erwähnt und eben nicht im Original zitiert. Deshalb möchte ich das tun, weil Sie ihn interpretiert haben, wie so viele in der Presse.

Ich habe wortwörtlich geschrieben:

Stimmungsmache der Presse gegen #Blockupy#. Auf dem Maidan in Kiew waren Rauchschwaden für die Presse Zeichen der Freiheitsbewegung!

(Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister: Das macht es nicht besser! - Burkhard Lischka (SPD): Was soll das denn heißen? - Johannes Kahrs (SPD): Das macht es nicht besser!)

Hier kommen wir nämlich zu einer grundsätzlichen Diskussion.

(Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU): Das wird ja noch schlimmer!)

- Könnten Sie bitte zur Ruhe kommen?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein! - Johannes Kahrs (SPD): Bei so viel Unsinn geht das nicht!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Liebe Kollegen, lassen Sie doch Frau Hänsel ihre Rede beenden.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Das ist sehr bezeichnend für Ihr demokratisches Grundverständnis.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Sie kann sich ja zu Wort melden und reden!)

Ich habe die Berichterstattung über Gewaltanwendung verglichen. Hier gibt es eben Doppelstandards.

(Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU): Es ist eine Schande, den Maidan mit Frankfurt zu vergleichen!)

Sie erinnern sich alle: Auf dem Maidan in Kiew wurden brennende Barrikaden gebaut.

(Ulli Nissen (SPD): Was ist das denn für ein Vergleich? - Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wurden aber keine Polizisten angezündet!)

Es gab Schlägertrupps des rechten Sektors, die mit Stöcken gegen die Polizei vorgingen. Häuser wurden in Brand gesetzt. Politiker der CDU und der Grünen sind dort hingefahren. Die Presse hat darüber berichtet und diese Gewalt verharmlost.

(Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben keine Polizeiautos mit Polizisten drin angezündet, Frau Hänsel!)

Das sind Doppelstandards in der Berichterstattung über Gewalt.

(Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU): Das ist ja völliger Blödsinn!)

Das geht nicht. Die Empörung, die Sie hier äußern, ist nicht glaubwürdig, weil Sie selbst diese Doppelstandards haben.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Das ist nur noch widerlich!)

Ich kann nur sagen: Ich lehne die Gewalt in Frankfurt ab,

(Ulli Nissen (SPD): Das ist ja toll! Danke schön!)

wenn sie von Demonstranten und Demonstrantinnen ausgeht, ich lehne sie in Kiew ab.

(Ulli Nissen (SPD): Ich bin Abgeordnete! Ich habe gesehen, was in Frankfurt passiert ist!)

Ich lehne auch die Gewalt von Polizisten gegenüber Demonstranten ab. Über 200 Demonstrantinnen und Demonstranten sind verletzt.

(Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU): Unerhört! - Volker Kauder (CDU/CSU): Jetzt ist aber Schluss! Sie sollen einen Redebeitrag machen!)

- Lieber Herr Kauder, ich an Ihrer Stelle würde ruhig sein. Im Rahmen von Stuttgart 21 wurde ein Polizeipräsident zu einer Geldstrafe verurteilt,

(Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU): Jetzt ist aber gut!)

weil er für den Einsatz von Gewalt verantwortlich war.

(Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU): Das ist unerträglich!)

Also müssen wir generell über Gewalt sprechen und sie ablehnen,

(Ulli Nissen (SPD): Angriff auf Kinder im Flüchtlingsheim: Was ist das?)

nicht nur Gewalt von einer Seite. Wir müssen jede Form von Gewalt verurteilen, nicht nur die von einer Seite.

(Beifall bei der LINKEN - Johannes Kahrs (SPD): So viel Schwachsinn habe ich selten gehört!)

Hinhören, was junge Menschen aus Krisenländern zu sagen haben!

Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, in der Aktuellen Stunde zu Blockupy:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, es ist gut, dass wir uns heute die Zeit nehmen, um über die gestrigen Ereignisse zu reden, und ich möchte aus Sicht der Linken dazu Folgendes sagen: Jeder Verletzter – und das gilt gleichermaßen für Verletzte aufseiten der Polizei wie für Verletzte aufseiten des Protestes – ist ein Verletzter zu viel. Unsere Anteilnahme gilt allen Verletzten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Aktionsbündnis Blockupy hatte sich auf einen Aktionskonsens verständigt. Dieser sah ausdrücklich vor, dass von den Massenblockaden keine Eskalation ausgeht. Leider haben sich nicht alle, die gestern nach Frankfurt kamen, an diesen Konsens gehalten. Wenn Autos angezündet und Wartehäuschen demoliert werden, fehlt mir dafür jedes Verständnis, und das war auch nicht Teil der Massenblockaden, zu denen Blockupy aufgerufen hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Demonstranten – das bewerte ich im Ansatz anders als Sie, Herr de Maizière – sollten vielmehr mit Mitteln des zivilen Ungehorsams, aber gewaltfrei die Eröffnung der EZB symbolisch blockieren, auch in dem Bewusstsein, dass die Blockierer wahrscheinlich weggetragen werden oder man rechtlich gegen sie vorgeht. Solche Blockaden haben in diesem Land eine längere Tradition.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Denken wir nur an Heinrich Böll, der 1983 in Mutlangen auf einem Hocker saß und weggetragen wurde, als er sich an einer Sitzblockade gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen beteiligte.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Oder denken wir an die Blockaden anlässlich von Castortransporten, an denen beispielhaft bei einzelnen Atommülltransporten für den Ausstieg aus der Atomenergie geworben wurde. Am Ende hat der Bundestag sich diesem Ziel angeschlossen. Ohne die mutige Antiatombewegung wären wir vielleicht nicht so schnell zu dieser Erkenntnis gekommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulli Nissen [SPD]: Gestern war das aber nicht friedlich!)

Gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen war ich gestern als parlamentarische Beobachterin bei den Blockupy-Protesten dabei. Wir haben uns vielerorts für Deeskalation eingesetzt.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Trau, schau, wem! Schau dir die Leute an, mit denen du auf die Straße gehst!)

– Wissen Sie, natürlich war die Linke dabei, und glauben Sie nur eine Minute lang, es wäre besser gewesen, wenn wir uns nicht für Deeskalation eingesetzt hätten?

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Der Friedensengel von Frankfurt!)

Wir haben außerdem gestern über den gesamten Tag einen deutlich anderen Eindruck von den Protesten gewinnen können. Der übergroße Teil der Menschen, die gestern nach Frankfurt kamen, wollte entschieden, aber gewaltfrei gegen Austerität und für ein anderes Europa demonstrieren. Davon zeugten viele selbst gemalte inhaltliche Schilder, Reden auf Kundgebungen, Straßentheateraktionen und ja, am Ende eine friedliche Demonstration von 20 000 Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ziel war, angesichts der EZB deutlich zu machen, dass die Eröffnung des Luxusbaus kein Grund zum Feiern, sondern zum Protestieren ist. Für diesen Protest gibt es gute inhaltliche Gründe, und über diese Gründe gehört gesprochen; denn sie waren das Verbindende bei den Blockupy-Protesten.

Die EZB steht als ein Teil der Troika für die bisherige Krisenpolitik. Gestern berichteten viele junge Menschen aus Krisenländern von den verheerenden Folgen der Troika-Politik. So erzählte ein Podemos-Mitglied davon, dass es infolge der Krisenpolitik in Spanien zu 1 Million Zwangsräumungen gekommen ist. Das heißt, 1 Million Familien, darunter viele Familien mit Kindern, müssen sich jetzt ohne eine sichere Bleibe durchs Leben schlagen.

Ja, Austerität heißt für viele Menschen in den Krisenländern unsoziale Verarmungspolitik und wird somit zur materiellen Gewalt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Ulli Nissen [SPD]: Aber die Gewalt hat davon abgelenkt! Das ist doch das Schlimme!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kipping, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder-bemerkung des Kollegen Weiler von der CDU/CSU-Fraktion?

Katja Kipping (DIE LINKE):

Gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Weiler, bitte.

Albert Weiler (CDU/CSU):

Frau Kipping, eine „parlamentarische Beobachtungsgruppe“ – das gibt mir jetzt ein bisschen zu denken. Eine parlamentarische Beobachtungsgruppe hat für mich einen offiziellen Anschein. Können Sie mir die Frage beantworten, ob der Parlamentspräsident oder einer seiner Stellvertreter Sie als parlamentarische Beobachtungsgruppe beauftragt hat, diese Demonstration zu beobachten?

Wir hatten gestern Plenartag. Das heißt, der Abgeordnete ist eigentlich verpflichtet, dem Plenum beizuwohnen. Sie aber fahren nach Frankfurt und schauen dort während eines Plenartages den Demonstrationen zu.

Ich gehe davon aus, dass Sie dem Plenum nicht beiwohnen konnten, weil Sie in Frankfurt den Demonstrationen zugeschaut haben. Jetzt noch einmal die Frage: War das von einem der Parlamentspräsidenten genehmigt? Ich möchte nicht haben, dass so etwas einen öffentlichen Anstrich hat, wenn es eigentlich doch nicht öffentlich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kipping, bitte zur Antwort.

Katja Kipping (DIE LINKE):

Schon Ihre Frage ist bezeichnend, wie viele Aussagen, die wir getroffen haben, von Ihnen auch vollkommen verzerrt wiedergegeben werden. Wir sind nicht als eine parlamentarische Gruppe hingegangen, sondern wir haben uns als gewählte Parlamentarier – –

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: So haben Sie es doch gesagt!)

Ich habe gesagt – hören Sie mir doch mal zu –, wir waren als parlamentarische Beobachterinnen unterwegs, und als gewählte Parlamentarier ist es unser Recht, das Gespräch mit Menschen zu suchen. Ich weiß, dass gestern viele Leute auf uns zugekommen sind, wenn sie uns in den Westen erkannt haben; sie waren froh, dass sie Informationen loswerden konnten, wo es Probleme gab, etc. Wir haben natürlich versucht, in Situationen, in denen es eskalierte, zu vermitteln, um weitere Verletzte zu vermeiden.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Das ist aber gewaltig schiefgegangen, Frau Kipping!)

Auf jeden Fall haben wir uns über den gesamten Tag direkt vor Ort einen Eindruck gemacht und sprechen hier nicht nur unter dem Eindruck von einigen sehr schrecklichen Bildern. Ein Plakat mit dem Slogan „Austerität tötet“, wie man es gestern zu sehen bekam, das mag jetzt nicht jedermanns Geschmack sein. Aber wer einmal gehört hat, wie sehr die Selbstmordversuche von Jugendlichen in Griechenland im Zuge der Kürzungsaufgaben zugenommen haben, der versteht vielleicht die Verzweiflung hinter diesen Worten.

Die Frage ist nun: Wie gehen wir mit den Blockupy-Protesten um? Sicherlich kann man die Gewaltübergriffe einiger nutzen, um die gesamten Proteste zu delegitimieren. Aber wollen wir wirklich einer kleinen Gruppe von gewalttätigen Trittbrettfahrern die Definitionshoheit über den Protest von 20 000 Menschen überlassen?

Von Bankenmacht und Barrikaden

Am 18. März wurde in Frankfurt/Main der neue Sitz der Europäischen Zentralbank eröffnet. Es wurde wenig gefeiert und viel protestiert. Eine linksfraktion.de-Reportage



Von Sophie Freikamp und Paul Schwenn

Mitten in Frankfurt/Main, der Banken- und Börsenstadt, steht ein riesiger brandneuer Glas- und Betonklotz. Dieser Wolkenkratzer ist kein beliebiges Hochhaus in der mächtigen Skyline von Frankfurt, sondern ein Symbol für die Sparmaßnahmen der Troika, die in den Südstaaten Europas seit Jahren Elend verursachen. Es handelt sich um den 1,3 Milliarden Euro schweren Neubau der Europäischen Zentralbank (EZB), die am 18. März im kleinen elitären Kreis ihre Eröffnung zelebrieren will.

Solidarität mit der krisengebeutelten Bevölkerung Europas

Aber an diesem 18. März versammeln sich auch Menschen aller Altersklassen, um gegen die menschenunwürdige Kürzungspolitik der Troika zu protestieren. Sie feiern die EZB nicht, sie demonstrieren gegen die europäische Austeritätspolitik, solidarisieren sich mit der krisengebeutelten Bevölkerung Europas. Das Bündnis „Blockupy“ hat Aktionen des zivilen Ungehorsams geplant, eine Kundgebung und eine Demonstration angemeldet. Gekommen sind unter anderem Aktivisten aus Griechenland, Spanien, Italien und Skandinavien.

Breite europäische Mobilisierung

Als die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping am Mittwochmorgen um 6.30 Uhr in den Bus einsteigt, der sie zu den ersten Aktionen des Tages bringt, sitzen bereits ihre Kolleginnen aus Berlin, Nicole Gohlke und Annette Groth, beide ebenfalls Abgeordnete im Bundestag für DIE LINKE, drin. Alle drei haben neon-gelbe Westen an, auf ihren Rücken steht „Parlamentarischer Beobachter“. Die Abgeordneten wollen deeskalierend eingreifen und bei Problemen im Sinne der Demonstranten mit der Polizei verhandeln. Außerdem betreut die LINKE im Bundestag einen Infopunkt, verteilt Tee und Materialien für einen friedfertigen Protest. Kipping, Gohlke und Groth wollen im Laufe des Tages immer wieder vorbeischaun, sagen sie. Dort werden sie auch mehrere andere Abgeordnete ihrer Fraktion treffen, die nach Frankfurt gekommen sind.

Beim Durchsprechen der nächsten Schritte werden die Abgeordneten schnell munter, Aufregung und Vorfremde macht sich breit: „Es ist deutlich geworden, dass es eine breite europäische Mobilisierung für Blockupy gibt, eine grenzüberschreitende gemeinsame Praxis“, sagt Kipping.

Deeskalieren, so gut es geht

Bald nach dem Aussteigen aus dem Bus wird klar: So einfach wird das alles heute nicht. Bereits jetzt sehen Katja Kipping, Nicole Gohlke und Annette Groth brennende Polizeiautos, Tränengaswolken wabern auf der Straße. Das ist nicht die Art von Protest, die sich die Abgeordneten gewünscht hätten, ebenso nicht gewollt vom „Blockupy“-Bündnis – Gewaltfreiheit war im Aktionskonsens vereinbart. Jetzt heißt es, so gut es geht zu deeskalieren. Tausende Protestler, die große Mehrheit, ist friedlich. Diesen friedlichen, fröhlichen und kreativen Aktivisten versuchen die drei Abgeordneten den ganzen Morgen und Mittag – so gut es geht – Geleit und Schutz zu geben. Am späten Vormittag beruhigt sich die Lage, die Infopunkte werden aufgelöst und der größte Teil der Aktivisten erholen sich von dem bewegten, schwierigen Vormittag. Denn am Nachmittag, ab 14 Uhr, sind die großen offiziellen Veranstaltungen angekündigt: Die Kundgebung auf dem Römerberg und die große Demonstration. Friedlich und bunt sollen sie werden, ein Zeichen setzen und Solidarität mit den Leidtragenden der Krise vermitteln. Auch die drei Abgeordneten machen sich auf den Weg, auch für sie geht es weiter bis in die Abendstunden.

»Ich bin hier, um gegen die Sparpolitik der Troika, insbesondere der EZB zu demonstrieren«

Bei strahlender Sonne strömen am Nachmittag immer mehr Menschen auf den Römerberg in der Innenstadt Frankfurts. Fahnen, Transparente und Luftballons bestimmen das Bild vor der Paulskirche. Die Stimmung der Demonstranten ist, trotz der Vorfälle des Vormittags, fröhlich und friedlich. Einer von den Protestlern ist Eric Sindermann. Er ist 20 Jahre alt und studiert Wirtschaftsmathematik in Marburg. "Ich bin hier, um gegen die Sparpolitik der Troika, insbesondere der EZB zu demonstrieren. Die Finanzhilfen für Griechenland helfen ausschließlich den Banken, den Menschen bringen sie nichts", findet Eric. "Vor allem die Vielfalt und die vielen Sprachen, die Menschen aus den verschiedensten Ländern, die das gleiche Ziel verfolgen, beeindruckt mich".

»Wir brauchen kein Europa der Millionäre, das Vermögen gehört uns allen«

Die Rednerliste der Kundgebung ist ähnlich bunt. Als Vertreter der griechischen Regierung findet Giorgos Chondros, Mitglied des Parteivorstandes von Syriza, mutige Worte. Vor wenigen Jahren kämpfte seine Partei noch um den Einzug ins Parlament, inzwischen stellt Syriza die Regierung. Der spanische Podemos-Mitbegründer Miguel Orban hält eine flammende Rede über das sparmaßnahmenbedingte Leid in Südeuropa. Kabarettist Urban Priol liefert einen satirischen Kommentar zu den widersprüchlichen Argumentationen deutscher Regierungspolitiker zum Spardiktat der Troika. Musikacts wie "Strom und Wasser" geben in ihren Texten ihre Meinung zu Managermentalitäten und deutscher Asylpolitik wieder. Über die klimatischen Auswirkungen der Troikapolitik klärt die kanadische Globalisierungskritikerin Naomi Klein auf. Bezogen auf den Vormittag ruft sie den Machthabern in Europa zu: "Ihr verbrennt keine Autos, sondern den ganzen Planeten." Eindringlich und energisch macht auch Sahra Wagenknecht, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, deutlich: "Wir brauchen kein Europa der Millionäre, das Vermögen gehört uns allen."

»People over Banks«

Ausgestattet mit den Argumenten der Kundgebung setzt sich am frühen Abend der Demonstrationsszug in Bewegung. 20 000 Protestler äußern laut ihren Unmut über Troikapolitik und Spardiktat. Forderungen wie "People over Banks" oder "Gemeinsam gegen die Macht der Banken" sind auf Transparenten rund um den LINKE-Block zu lesen. Trotz hohem Polizeiaufgebot bleibt die Stimmung bis zum Ziel der Demonstration, dem Platz vor der Alten Oper, friedlich. Erschöpft, aber glücklich wirkt auch Eric, als er die Oper erreicht: "Die Demo ist für mich ein positives Signal. Eine große Anzahl von Menschen solidarisiert sich mit Griechenland, hoffentlich kommt der Protest auch bei Herrn Schäuble an", sagt er und: "wenn nicht, dann komm ich wieder!"

12. Weltsozialforum beginnt in Tunis

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, berichtet aus Tunis:



Der Auftakt des 12. Weltsozialforums (WSF) in Tunis steht deutlich unter dem Eindruck des Terroranschlages vergangene Woche, bei dem 20 Menschen getötet wurden. So begann das Weltsozialforum mit einem Solidaritätsmarsch für die Opfer, die Route führte uns bis zum Ort des Anschlages, dem Nationalmuseum von Bardo. Mehrere tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer drückten ihre Anteilnahme aus und forderten ein Ende der Gewalt, aber natürlich auch eine Ende von Unterdrückung, sozialem Ausschluss und dem weltweit herrschenden neoliberalen Regime. Umstritten war innerhalb des Koordinierungskomitees bis zum Schluss, ob man sich die allgemeine Parole „gegen Terrorismus“ aneignen sollte. Immerhin laufe die Bewegung damit Gefahr, den weltweit von den USA ausgerufenen „War on Terror“ zu legitimieren.

Die neoliberale Globalisierung mit ihrer Freihandelspolitik, die zu immer mehr sozialer Ungleichheit führt, ist ein zentrales Thema des mittlerweile zweiten Weltsozialforums in Tunesien. Die kommenden vier Tage wird über imperiale Kriegspolitik, die Freihandelspolitik der EU, unter anderem auch die CETA- und TTIP-Verträge, und die repressive Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union diskutiert werden. Auch die Ursachen für das Erstarken islamistischer Gruppen wie des „Islamisches Staates“ in Syrien, Irak und Nordafrika und die geostrategische Interessenpolitik der Nato und ihrer Verbündeten im arabischen Raum stehen auf der Tagesordnung. Globalisierungskritiker aus Afrika wie Samir Amin, Yash Tandon, Forize Manji, Jana Nalunga und viele andere diskutieren Alternativen zum Freihandelsregime. Yash Tandon stellt ein neues Buch „War is Trade“ (Krieg ist Handel) vor. Der derzeit herrschenden kapitalorientierten Klimapolitik, die von den westlichen Staaten und ihren Konzernen vorangetrieben wird, soll eine „Klimapolitik von unten“ entgegengesetzt werden.

Auch die politischen Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ auf die gesamte Region ist ein großes Thema bei dem WSF in Tunis. Geplant ist, vor allem die tunesische und ägyptische progressive Opposition zu Wort kommen zu lassen. Wie bereits vor zwei Jahren wird auch dieses Mal die Solidarität mit Palästina und die Forderung nach einem Ende der israelischen Besatzung Hauptthema der Abschlussdemonstration in Tunis am 28. März sein. Bis dahin wollen sich die ForumsteilnehmerInnen in über 1.200 Einzelveranstaltungen von mehr als 4.000 registrierten Initiativen und Organisationen über gemeinsame Strategien für den Widerstand gegen Krieg, Neokolonialismus und Ausbeutung der Natur austauschen und vernetzen.

Minister Müller: Hungerbekämpfung geht anders!

Die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ von Entwicklungsminister Müller ist bisher eine herbe Enttäuschung, so Niema Movassat, Sprecher der Linksfraktion für Welternährung, in der abschließenden Debatte zum Antrag der Linksfraktion „Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken (BT-Drucksache 18/1482):

Sehr geehrte Damen und Herren,

gleich zu Beginn seiner Amtszeit hat Minister Müller das ehrgeizige Ziel formuliert, eine Welt ohne Hunger zu schaffen. Wie viele andere auch haben meine Fraktion und ich diese Schwerpunktsetzung begrüßt. Zugleich haben wir in dem Antrag, den wir heute abschließend debattieren, Eckpunkte einer Politik formuliert, die es ernst meint mit der Hungerbekämpfung.

Um es in einem Satz zusammenfassen: Wir müssen den Menschen in den Ländern des Südens das Recht zugestehen, eigenständige Strukturen im Agrarbereich aufzubauen, die sich an den Bedürfnissen der Kleinbauern sowie der Konsumenten in den jeweiligen Ländern orientieren. Ernährungssouveränität heißt die politische Forderung, die genau auf dieses Ziel hinarbeitet. Leider spielt diese zentrale Forderung in Müllers Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ keine Rolle.

Denn Entwicklungsminister Müller spricht zwar immer über Kleinbauern, aber selten mit ihnen. Einen deutlich besseren Draht hat Müller zum deutschen Agrobusiness. Man kennt sich ja schon gut aus seiner Zeit als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Somit ist es kein Wunder, dass die Interessen des deutschen Agrobusiness in der Sonderinitiative mehr Berücksichtigung finden, als die Bedürfnisse der Kleinbauern in den Entwicklungsländern.

Dies wurde auch wieder bei der Konferenz „Eine Welt ohne Hunger“ deutlich, die das BMZ diese Woche veranstaltet hat. Müller setzt insbesondere in Afrika auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft nach europäischem Vorbild. Dies zeigt sich insbesondere bei den sogenannten grünen Innovationszentren, deren Ansatz leider alles andere als innovativ ist.

Statt agrarökologische Ansätze zu forcieren, lokale Innovationen zu unterstützen, vorhandene informelle Marktbeziehungen zu stärken und damit die kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Projektländern zu fördern, verfolgt ein Großteil der grünen Zentren eine andere Agenda: Sogenannte „marktorientierte Kleinbauern“ sollen in mehrstufige Wertschöpfungsketten integriert werden, an deren Anfang Agrarkonzerne wie Bayer oder BASF und an deren Ende Lebensmittelkonzerne wie die Metro Group stehen.

Für die meisten Kleinbauern stellt diese Form der Marktintegration keine Option dar. Vielmehr werden sie verdrängt und müssen in die Städte gehen, um nach Arbeit zu suchen. Dort, wo es keine Arbeit gibt. Für afrikanische Länder, in denen 50 bis 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, eine soziale Katastrophe!

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein für alle Mal klar stellen: Die Förderung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft ist weder Selbstzweck, noch hat sie mit einem falschen Romantizismus zu tun, wie Vertreter der Agrarindustrie nicht müde werden zu behaupten.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produzieren weltweit 70 Prozent der Lebensmittel – in Entwicklungsländer sogar 80 Prozent! – verbrauchen dabei aber nur 30 Prozent der in der Landwirtschaft eingesetzten Energie. Genau anders rum sehen die Zahlen für die industrielle Landwirtschaft aus: Sie verbraucht 70 Prozent der Energie, produziert damit aber nur 30 Prozent der global konsumierten Lebensmittel.

Liebe Agrarindustrie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und SPD:

Wer ist angesichts dieser Fakten der wichtigste Verbündete für eine erfolgreiche Hungerbekämpfung? Wer wirtschaftet produktiver – das heißt, mit einem geringeren Energieaufwand? Und wer garantiert eine ökologisch nachhaltige Nahrungsmittelproduktion - die angesichts von Klimawandel und Ressourcenknappheit das Gebot der Stunde ist?

Kleinbäuerliche Strukturen können durch viele Maßnahmen gefördert werden – ebenso wichtig ist es aber, sie vor unfairem Wettbewerb zu schützen. Dazu ist die Koalition aber nicht gewillt. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD lehnen unseren Antrag unter anderem wegen unserer Forderung nach einem sofortigen Verhandlungsstopp bei Freihandelsverträgen ab. Anders gesagt: Sie stellen die Profitinteressen europäischer Konzerne und der deutschen Agrarindustrie über das Ziel einer nachhaltigen Hungerbekämpfung.

Herr Minister Müller, sie müssen sich entscheiden. Werden Sie ein Vorkämpfer für eine Welt ohne Hunger, oder bleiben Sie der Exportbeauftragte der deutschen Agrarindustrie? Bisher sieht es leider nach letzterem aus. Aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Rede, 6.3.2015

Hunger bekämpfen statt Agroindustrie füttern

Niema Movassat, Sprecher der Linksfraktion für Welternährung, in der Debatte über die Agrarwende:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Jeden Tag hungern 800 Millionen Menschen auf der Welt. Die deutsche und europäische Agrarpolitik ist dafür mitverantwortlich. Immer mehr produzieren, das ist das Credo. Die EU unterstützt das. 45 Prozent des gesamten EU-Haushalts fließen in die Landwirtschaft. Das sind von 2014 bis 2020 386,5 Milliarden Euro. Das nützt vor allem den großen Agrokonzernen. Das schadet nicht nur vielen Bauern bei uns, sondern zerstört auch die Existenz von Millionen Kleinbauern in den Entwicklungsländern, schafft dort Armut und Hunger. Um den Hunger in der Welt zu bekämpfen, brauchen wir endlich eine Agrarwende.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bis heute überschwemmen europäische Lebensmittel viele Märkte in Afrika. So wird bei uns deutlich mehr Hähnchenfleisch produziert, als wir essen. Ein großer Teil der Geflügelreste wird nach Afrika verschifft. In Ghana wird Geflügel dann für 90 Cent pro Kilogramm verkauft, ein Dumpingpreis, der nur dank der besagten EU-Gelder möglich ist. Das Fleisch wird subventioniert und so künstlich verbilligt. Der Kilopreis des Geflügels einer ghanaischen Hähnchenzüchterin liegt bei 1,80 Euro. Sie kann mit dem Spottpreis aus Europa nicht mithalten; sie muss ihren Betrieb aufgeben, sie verarmt, sie hungert.

(Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Das ist ein Skandal!)

Die deutsche Fleischindustrie hingegen macht Profit. Die europäischen Geflügelexporte nach Afrika haben sich seit 2009 verdreifacht, die deutschen gar versiebenfacht. Dasselbe gilt für Milch und Schweinefleisch. Die Bauern in Europa und Afrika sind Opfer Ihrer Politik, werte Bundesregierung, weil Sie Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft über alles stellen. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ursache, warum die Billiglebensmittel auf afrikanische Märkte kommen, sind Freihandelsvereinbarungen. Diese sehen vor, dass Entwicklungsländer ihre Märkte nicht schützen dürfen. Sie müssen Zölle senken. Sie können nicht, wie es in Europa gelaufen ist, erst einmal ihre eigene

Landwirtschaft aufbauen, bevor sie sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Seit Januar gelten neue Freihandelsvereinbarungen, die EPAs. Diese zwingen zu noch mehr Marktöffnung. Viele afrikanische Länder haben sich lange dagegen gewehrt. Sie wissen, dass die Existenz ihrer Bauern auf dem Spiel steht. Die EU-Kommission hat aber die EPAs mit massivstem Druck durchgesetzt. Die Kleinbauern in Afrika haben nun noch weniger Chancen, sich gegen die übermächtige europäische Agroindustrie zu behaupten. Sie, die Bundesregierung, müssen sich dafür einsetzen, dass diese Freihandelsvereinbarungen ausgesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die europäische Agrarindustrie exportiert aber nicht nur Nahrungsmittel. Mithilfe der Bundesregierung arbeitet sie intensiv daran, das europäische Modell einer industriellen Landwirtschaft in den globalen Süden zu exportieren, oft in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften, PPPs. Bei einem dieser PPPs fördert das deutsche Entwicklungsministerium unter dem Label der Hungerbekämpfung in Zusammenarbeit mit Konzernen wie Bayer und Syngenta die Kartoffelchips- und Pommesproduktion in Nigeria und Kenia. Damit bekämpfen Sie nicht den Hunger der Menschen, sondern stillen vor allem den Hunger der beteiligten Konzerne nach Gewinnen und neuen Märkten.

(Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Genau!)

In Afrika leben bis zu 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Eine Industrialisierung der Landwirtschaft nach europäischem Vorbild bedeutet für viele von ihnen den Verlust ihrer Arbeit. Sie können auch nicht in andere Jobs ausweichen. Es fehlt an alternativen Einkommensmöglichkeiten. Es gibt oft keinen funktionierenden Arbeitsmarkt, beispielsweise im Industriesektor. Die Folge: Hunger und Armut. Deswegen ist es falsch, das europäische Landwirtschaftsmodell zu exportieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Weltagrarbericht wurde 2008 festgestellt, dass die Kleinbauern, die in den Entwicklungsländern 80 Prozent der Lebensmittel produzieren, der Schlüssel im Kampf gegen den Hunger sind. Liebe Bundesregierung, nehmen Sie das endlich ernst! Unterstützen Sie Kleinbauern statt Agrokonzerne!

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Beitrag der German Food Partnership und anderer Public Private Partnerships zur Hunger- und Armutsbekämpfung

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/3712 –

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Ansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), bei der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auf Kooperationen mit Unternehmen zu setzen, hat in letzter Zeit einige Kritik hervorgerufen. So haben in den letzten Monaten mehr als 65 000 Menschen die Forderung von Oxfam, Inkota, Fian und anderen Organisationen unterzeichnet, „[k]eine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“ zu leisten. Nach Aussagen der Kampagne dienen Public Private Partnerships (PPPs) in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor allem den Interessen von Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte, während ihr entwicklungspolitischer Nutzen fragwürdig und nicht belegt sei (www.oxfam.de/informieren/agrarkonzerne). Ungeachtet dieser Kritik setzt das BMZ die PPPs im Bereich ländliche Entwicklung fort – sei es im Rahmen der Neuen Allianz für Ernährungssicherung der G8/G7 oder bei den Grünen Innovationszentren (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Grüne Zentren als Strategie zur nachhaltigen Hungerbekämpfung und ländlichen Entwicklung“ auf Bundestagsdrucksache 18/2355).

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit hat bisher ein weiteres PPP im Bereich ländliche Entwicklung erregt: die German Food Partnership (GFP) (vgl. www.dw.de/umstrittene-entwicklungszusammenarbeit-mit-privatwirtschaft/a-17542007). Zwar fließen laut Angaben der Bundesregierung nur 8,3 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt in die GFP (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258). Nichtsdestotrotz stellt sich die grundsätzliche Frage, ob diese entwicklungspolitischen Mittel sinnvoll eingesetzt sind. Zudem lässt sich die Relevanz von PPPs im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aus mehreren Gründen nicht allein an den von der Bundesregierung eingebrachten finanziellen Mitteln ablesen.

Erstens werden die öffentlichen Beiträge zu PPPs durch private Beiträge der Konzerne vervielfacht, entfalten also eine Hebelwirkung (bei der GFP spricht das BMZ in seiner Antwort auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258 von einem Verhältnis von eins zu sechs zwischen öffentlicher und privater Finanzierung). Zweitens dienen PPPs für Unternehmen oft als Initialzündung, um auf neuen Märkten überhaupt erst aktiv zu werden (vgl. Subsidiaritätskriterium der GFP-Guidelines, S. 12). Drittens erhöht sich die Wirkungsmacht von PPPs in den Projektländern noch dadurch, dass diese auch öffentliche Mittel in den Projektländern binden können (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 18/2703 zur Reality-Show „Farmers Love Safety“ im Rahmen der GFP) sowie teilweise auch gesetzliche Änderungen in diesen Ländern zugunsten der Unternehmen zur Bedingung haben (wie etwa bei den Kooperationsabkommen im Rahmen der Neuen Allianz).

Die GFP wurde im Jahr 2012 mit dem erklärten Ziel gegründet, Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit in den Projektländern zu erhöhen (vgl. Guide to the German Food Partnership 2014, S. 4). Gleichzeitig sollen auch die Interessen der beteiligten Unternehmen nicht zu kurz kommen: „[P]rivate companies will be able to better manage the risks associated with entering new markets in developing and emerging economies. In the long run, the food and agriculture industry will be able to direct its agricultural inputs to the growing food markets and build up long-term business relations based on trust.“ (ebenda, S. 7).

Auf ihrer Homepage listet die GFP über 30 Teilnehmer. Dabei handelt es sich – mit wenigen Ausnahmen wie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) – um private Unternehmen, wie Bayer, BASF, Metro Group, Syngenta oder Amatheon Agri, einem Investor, der in Sambia gerade

mehr als 30 000 Hektar Land gepachtet hat (siehe www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/13_12_FIAN_Sambia_DE.pdf) oder Organisationen (z. B. Global Alliance for Improved Nutrition GAIN). Auch wenn das BMZ davon spricht, dass Bauernorganisationen und Betroffenenengruppen explizit in die Planung und Konzeption der Vorhaben der GFP eingebunden sind (Brief vom Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Friedrich Kitschelt an den Abgeordneten Niema Movassat vom 21. November 2014), werden Projektvorschläge alleine von den Teilnehmern der GFP gemacht, wobei „the idea for a project may not necessarily be born in the region“ (Guide, S. 18).

Im Rahmen der GFP sollen Bäuerinnen und Bauern in mehrstufige lokale, regionale und globale Wertschöpfungsketten integriert werden. Um sie an die damit verbundenen Anforderungen (Art der Produktion, Quantität und Qualität etc.) heranzuführen, sind der Aufbau von Demonstrationsflächen und technische Trainings für Bäuerinnen und Bauern zwei zentrale Instrumente der GFP (ebenda, S. 16 f). Dabei dürfen Unternehmen auch eigene Produkte (wie Saatgut oder Düngemittel) vorstellen, gleichzeitig schreibt der Guide der GFP vor, dass eine Wahlfreiheit der Bauern bezüglich Anbaumethoden und eingesetzter Betriebsmittel gesichert sein muss (ebenda, S. 11). Allerdings gibt es Hinweise, dass der Spagat zwischen Unternehmensinteressen an dem Verkauf eigener Produkte und objektiver Informationsvermittlung in der Praxis nicht immer funktioniert (siehe Oxfam-Bericht „Gefährliche Partnerschaften“, S. 14).

Die Informationen, die die GFP über ihre Projekte veröffentlicht, sind spärlich und teilweise auch widersprüchlich. Laut Homepage realisiert die GFP zurzeit zwei Projekte (www.germanfoodpartnership.de/was-wir-machen/projekte/): die Better Rice Initiative Asia (BRIA) auf den Philippinen, in Thailand und Indonesien (wo BASF auch ein Projekt zur Nahrungsmittelanreicherung bei Reis und Speiseöl im Rahmen von BRIA durchführt) sowie die Competitive African Rice Initiative (CARI) in Nigeria, Ghana, Burkina Faso und Tansania. Allerdings wurden für CARI laut Auskunft des BMZ keine Kooperationsverträge abgeschlossen, sondern lediglich Absichtserklärungen von drei Unternehmen (Bayer CropScience, AGCO und der Syngenta Foundation) abgegeben (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258). Auch gehen die Informationen über CARI auf der Homepage der GFP über allgemeine Beschreibungen nicht hinaus, wiewohl auf der Homepage der GIZ von einem „breit aufgestellten Konsortium aus dem öffentlichen und privaten Sektor“ die Rede ist, die die Initiative trägt und zu dem unter anderem die Bill & Melinda Gates Stiftung zählt (www.giz.de/de/weltweit/26298.html).

Dafür findet sich auf der GFP-Homepage ein Infosheet zur Potato Initiative Africa (PIA), die nach Auskunft der Homepage aber noch gar nicht gestartet ist (www.germanfoodpartnership.de/was-wir-machen/projekte/), für die aber bereits Kooperationsverträge mit fünf Unternehmen (Europlant, Solana, Bayer CropScience, K+S Kali, Syngenta) geschlossen wurden, zusätzlich liegen Absichtserklärungen von Grimme und Lemken vor (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258). Weitere geplante Projekte sind die Oilseeds Initiative Africa (OIA) sowie „Forecast Africa“, eine umfangreiche Studie zur Marktentwicklung und Marktchancen im Lebensmittelbereich.

1. Welche PPPs wurden seit dem Jahr 2013 im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung vereinbart (bitte nach Unternehmen, Land, Volumen, Anteil der einzelnen Projektträger an der Gesamtfinanzierung und Zielstellung auflisten sowie eine kurze Beschreibung der Projekte)?

Die PPP-Vorhaben des BMZ (develoPPP.de Programm) im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung sind in der Anlage aufgeführt. [vgl. BT-Drucksache 18/4016, S. 13ff.]

Darüber hinaus führt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rahmen des Bilateralen Kooperationsprogramms (BKP) seit dem Jahr 2008 weltweit Projekte, u. a. in Äthiopien, China, Marokko, der Mongolei, Kasachstan, Russland und der Ukraine durch. Soweit die Wirtschaft Partner ist, wird eine hälftige Beteiligung am deutschen Beitrag in Form von Sach-, Personal- und z. T. Finanzleistungen angestrebt. Neben den deutschen Beiträgen werden auch erhebliche Beiträge der Partnerländer erbracht, z. B. in Form von Land, Maschinenhallen, Trainingsräumen, Werkstatt, Büro, Einsatz von Arbeitskräften sowie Reisekosten für Fachinformationsfahrten.

Im Jahr 2013 wurde ein Wirtschaftskooperationsprojekt „Deutsch-Mongolisches Kooperationsprojekt Nachhaltige Landwirtschaft“ mit folgenden Wirtschaftspartnern vereinbart: Claas, Lemken, Rauch, AMMAC Mongolei, Rapool, Europlant, Solana, Norika, BASF; die Gesamtsumme des Projektes in den Jahren 2013 und 2014 beläuft sich auf 1,1 Mio. Euro einschließlich einer Agrarpolitikberatungskomponente, der Beitrag der Wirtschaft auf rund 250 000 Euro. Im Jahr 2014 wurde ein Wirtschaftskooperationsprojekt „Deutsch-Sambisches Agrartrainings- und Wissenszentrum“ mit folgenden Wirtschaftspartnern vereinbart: Amazone, Beinlich, Claas, Europlant, Fliegl, Grimme, Lemken, Riela, Solana, Pöttinger, Rauch, Bayer CropScience; der BMEL-Beitrag beläuft sich im Zeitraum vom 1. August 2014 bis zum 31. Juli 2017 auf 1,87 Mio. Euro. Da das Projekt erst im August 2014 begonnen wurde, ist es derzeit noch zu früh für eine Schätzung der Beiträge der Wirtschaftspartner. Durch den Transfer von Wissen, moderner Technik und zeitgemäßen Produktionsverfahren leistet das BKP einen Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherung. Aktuelle Informationen zu dem BKP sind verfügbar unter: www.bmel-kooperationsprogramm.de.

2. Welche wissenschaftlichen Belege hat das BMZ für den entwicklungspolitischen Nutzen von PPPs allgemein und den Nutzen der Projekte der GFP im Besonderen?

Verschiedene internationale Studien, u. a. vom Overseas Development Institute (ODI) in London, weisen den Nutzen von Kooperationen mit der Wirtschaft im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften nach. Zudem wurden z. B. die vom BMZ geförderten Vorhaben zu den Wertschöpfungsketten Palmöl, Baumwolle und Cashew extern evaluiert und konnten hier signifikante Zusammenhänge im Hinblick auf die Bekämpfung von Armut und zur Verbesserung der Ernährungssicherung aufzeigen. Die Breitenwirksamkeit wäre in diesen Fällen ohne den großen Beitrag der Privatwirtschaft nicht möglich gewesen. Das BMZ lässt in regelmäßigen Abständen einzelne Maßnahmen extern evaluieren. Die GFP-Projekte stehen derzeit noch am Anfang der Umsetzung, daher liegen hierzu keine wissenschaftlichen Belege vor.

3. Inwiefern besitzt das BMZ wissenschaftliche Erkenntnisse dazu, dass von den Vorhaben besonders marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, indigene Gemeinschaften und Pastoralisten profitieren?

Die Vorhaben der GFP sind explizit auf die Förderung von Kleinbäuerinnen und -bauern ausgerichtet. Dies spiegelt sich in den Indikatoren der Projekte wider. So soll z. B. im Rahmen des Vorhabens zur Förderung der Wertschöpfungskette Reis in Afrika das Einkommen von 120 000 Kleinbäuerinnen und -bauern mit einem Einkommen unter 2 US-Dollar pro Tag substantiell gesteigert werden. Die GFP schließt die Förderung indigener Gemeinschaften grundsätzlich nicht aus. Pastoralisten sind keine Zielgruppe der laufenden Ackerbauprojekte.

4. Ist eine Evaluierung des entwicklungspolitischen Nutzens der GFP insbesondere in Hinblick auf das Ziel Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu fördern, geplant, und wie kann eine solche Evaluierung aussehen (Evaluierungskriterien, evaluierende Institution, Zeitrahmen)?

Eine Evaluierung der GFP-Vorhaben ist geplant. Entsprechende Ansätze sollen 2015 geprüft werden. Über die zu beauftragende Institution und den Rahmen wurde bisher noch nicht entschieden.

5. Fand eine grundlegende menschenrechtliche Analyse der PPP-Projekte im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich und insbesondere der GFP-Projekte statt, und wurde hierbei das Menschenrechtskonzept des BMZ angewendet?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, warum sind die Ergebnisse nicht öffentlich zugänglich?

Menschenrechtsfragen werden bei der Konzeptionierung der Projekte sowie in deren Verlauf berücksichtigt und entsprechend des jeweiligen Kooperationsformates analysiert. Das Menschenrechtskonzept der Bundesregierung wird angewendet.

Bei Kooperationen mit dem Privatsektor, die im Rahmen des develoPPP.de Programms umgesetzt werden, ist der private Kooperationspartner vertraglich verpflichtet, seiner menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen und die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte zu respektieren. Im Fall der GFP beinhaltet der Guide to the German Food Partnership zusätzlich einen umfassenden Kriterienkatalog, der das Thema Menschenrechte explizit benennt und deren Einhaltung durch die GFP-Teilnehmer verbindlich fest schreibt. Die Menschenrechtsprüfungen basieren auf Einschätzungen von Fachexperten, die insbesondere im Rahmen von Prüfmissionen in den Partnerländern unter Analyse des lokalen Kontextes getroffen werden und direkt in die Ausarbeitung der Projektkonzepte einfließen. Es liegen daher keine gesonderten, zur Veröffentlichung geeigneten Dokumente vor.

6. Gab es nach dem Regierungswechsel im Dezember des Jahres 2013 innerhalb der Regierung oder des BMZ Diskussionen zum entwicklungspolitischen Beitrag der GFP, bzw. warum wurde beschlossen, die GFP auch unter der neuen Führung des BMZ fortzuführen?

Das BMZ ist davon überzeugt, dass über den Ansatz der GFP ein substantieller Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger im ländlichen Raum geleistet werden kann, der ohne eine Beteiligung der deutschen Wirtschaft in dieser Form nicht möglich wäre. Die GFP mobilisiert entwicklungsförderliche Investitionen der Privatwirtschaft in den Partnerländern der Bundesrepublik Deutschland. Damit unterstützt das privatwirtschaftliche Engagement im Rahmen dieser Partnerschaft die Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung, insbesondere in Bezug auf Hunger- und Armutsbekämpfung sowie ländliche Entwicklung.

Mit dem Guide to the GFP wurde zudem ein umfangreicher Kriterienkatalog entwickelt, der den entwicklungspolitischen Mehrwert der Projekte sicherstellen soll.

7. Wie groß ist das Finanzvolumen der einzelnen GFP Projekte, und wie schlüsseln sich die Finanzbeiträge der einzelnen Projektpartner – bzw. wenn dies rechtlich nicht möglich ist, dann der einzelnen beteiligten Gruppen (öffentliche Hand, Unternehmen, Stiftungen) – jeweils auf?

Das Finanzvolumen der Better Rice Initiative Asia (BRIA) beträgt rund 10 Mio. Euro. Etwa 30 Prozent werden durch die öffentliche Hand finanziert, etwa 70 Prozent durch die privaten Projektpartner. Das Finanzvolumen der Competitive African Rice Initiative (CARI) beträgt aktuell etwa 18,4 Mio. Euro. Etwa 27 Prozent werden durch das BMZ finanziert, rund 73 Prozent durch eine Stiftung. Weitere Kofinanzierungen durch private Partner sind v. a. über den Matching Grant Fund anvisiert. Das Finanzvolumen der Potato Initiative Africa (PIA) beträgt rund 1,4 Mio. Euro und wird jeweils zur Hälfte vom BMZ und zur Hälfte von den privaten Partnern finanziert.

8. Welcher Anteil der von den Projektpartnern eingebrachten Beiträge erfolgt als rein finanzieller Beitrag und welcher in Sachmitteln?

In der BRIA erfolgen je nach privatem Partner 83 bis 100 Prozent der Beiträge als Sachmittelbeiträge. In der CARI ist die Teilnahme von internationalen Firmen vorgesehen; Partner und Beiträge stehen derzeit noch nicht fest. In der PIA werden alle Beiträge als Sachmittelbeiträge durch die Projektpartner eingebracht.

9. Welche Sachmittel bringen die jeweiligen Projektpartner in den einzelnen GFP-Projekten konkret ein?

In der BRIA bringen die Projektpartner Personal ein, welches beispielsweise zur Erarbeitung von Trainingsmaterial und Lehrplänen eingesetzt wird. Zudem werden durch die Projektpartner Studien finanziert, Materialkosten gedeckt, öffentliche Veranstaltungen und die Reisekosten für das Personal finanziert. In der PIA bringen die Projektpartner eigenes Personal oder firmenspezifische Sachmittel (z. B. Pflanzgut, Landmaschinen) ein. Zum Sachmitteleinsatz in der ARI wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

10. Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Verträge mit allen Projektpartnern der GFP zu veröffentlichen?

Auf der GFP-Homepage wird umfassend über Projektansätze und den aktuellen Stand der Aktivitäten berichtet. Dort werden auch alle Informationen zu den Beiträgen der beteiligten Unternehmen offengelegt, soweit keine schützenswerten Informationen betroffen sind. Zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Arbeit der GFP kritisch hinterfragten, wurden – teilweise geschwärzte – Kopien der Verträge gemäß den Bestimmungen des Informationsfreiheitsgesetzes zur Verfügung gestellt.

11. Welche Rolle kommt Teilnehmern der GFP zu, die bisher noch in keinem Projekt der GFP als Projektpartner gelistet sind (wie beispielsweise die Metro Group), bzw. an welchen Projekten wollen sich diese Teilnehmer zukünftig beteiligen?

Die GFP-Teilnehmer informieren sich gegenseitig über die laufenden Vorhaben. Derzeit gibt es keine expliziten Rollen/Aufgaben nichtaktiver Teilnehmer.

12. Gibt es Teilnehmer und Projektpartner der GFP, die seit dem Start der Initiative aus der GFP oder einzelnen GFP-Projekten wieder ausgeschieden sind (bitte um Auflistung der ausgeschiedenen Teilnehmer und Projektpartner und Begründung)?

AGCO ist aus der Planung zu PIA ausgetreten, da im Rahmen der Pilotphase keine Kooperationsmöglichkeiten identifiziert wurden. GEA Westfalia hat die Teilnahme an der GFP aus unternehmensinternen Gründen beendet.

13. Wurden im Rahmen der GFP Risikoanalysen zu folgenden Fragen durchgeführt, und wenn ja, was sind die Ergebnisse der Analysen?

a) Auswirkungen der Projekte auf Bauern, die nicht zur Zielgruppe gehören bzw. an den Projekten nicht beteiligt werden?

b) Folgen für Klima und Umwelt?

Bei der Konzeption der GFP-Vorhaben erfolgt eine fachliche Betrachtung von Risiken auf unterschiedlichen Interventionsebenen. Auf Grundlage dieser fachlichen Prüfung ist weder mit Risiken für die bäuerlichen Betriebe in der Zielregion, die nicht in das Projekt involviert sind, noch mit negativen Folgen für Klima und Umwelt zu rechnen.

Im Rahmen der GFP-Projekte werden Strukturen (z. B. Aufbau und Weiterentwicklung von Beratungsdiensten) geschaffen, von denen nicht nur die unmittelbar in den Projekten beteiligten Bauern profitieren. Erfahrungen belegen, dass im Sinne eines Wissens-/Informationstransfers über die direkte Zielgruppe hinaus weitere Bauern von den Projekten profitieren können (Multiplikatoreffekt).

In den Vorhaben soll kleinbäuerlichen Betrieben ein Grundverständnis über nachhaltige Landwirtschaft und integrierten Pflanzenschutz vermittelt werden. Über Maßnahmen des integrierten Pflanzschutzes erfolgt der Einsatz von externen Betriebsmitteln möglichst effizient; in einzelnen Vorhaben soll dieser signifikant gesenkt werden. Besonders umweltschädliche Produkte

sollen gar nicht mehr zur Anwendung kommen. Explizit ökologische Anbauverfahren werden nicht ausgeschlossen. Darüber hinaus sind im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels durch Einführung effizienter Bewässerungsmethoden positive Wirkungen hinsichtlich der Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen sowie eine Verringerung der Verwundbarkeit der Zielgruppen zu erwarten.

14. Warum ist die Firma Amatheon Agri an der GFP beteiligt, und welche Aktivitäten führt sie im Rahmen der GFP durch?

Die Teilnahme an der GFP steht prinzipiell Unternehmen frei, die sich zur Einhaltung der Kriterien des Guide to the GFP verpflichten. Amatheon Agri ist derzeit an keinem der GFP-Projekte beteiligt.

15. Welche Bedarfsstudien liegen der im Rahmen von PIA geförderten Verarbeitung von Kartoffeln zugrunde, bzw. wo sieht das BMZ die Hauptabnehmer für diese verarbeiteten Kartoffeln?

Verschiedene Studien belegen in Kenia und Nigeria einen Anstieg der nationalen Nachfrage nach verarbeiteten Kartoffelprodukten, vor allem durch die wachsende städtische Bevölkerung. Die Ergebnisse dieser Studien und Einschätzungen nationaler Institute, z. B. des National Potato Council Kenya, sind auf der Homepage der GFP verfügbar.

16. Warum findet sich auf der Homepage der GFP kein Infosheet zu CARI, wie dies bei BRIA und PIA der Fall ist?

Das Infosheet zu CARI ist auf der Homepage der GFP verfügbar.

17. Warum berichtet die Bundesregierung in ihrem Antwortschreiben auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258 nicht, welche Verträge mit welchen Unternehmen für CARI geschlossen wurden, obwohl das Projekt auf der Homepage der GFP auftaucht (www.german-foodpartnership.de/was-wir-machen/projekte/reis-fuer-afrika/) und bereits seit dem Jahr 2013 in Gange ist?

Im Rahmen der CARI wurden bislang keine Verträge mit GFP-Teilnehmern geschlossen.

18. Welche Unternehmen und sonstige Organisationen beteiligen sich an CARI, und welche Aufgaben übernehmen sie dabei (bitte ähnlich der Infosheets zu PIA und BRIA auf der GFP-Homepage aufschlüsseln)?

Im Rahmen der CARI wurden bislang keine Verträge mit Teilnehmern der GFP geschlossen. Eine Beteiligung von AGCO, Bayer CropScience und der Syngenta Foundation for Sustainable Agriculture im regionalen Steuerungskomitee ist vorgesehen. Die lokalen Unternehmen Ajifa Rice Mill (Nigeria), Wora Wora Rice Mills (Ghana), Copa Ghana (Ghana), Kilimo Super Rice Company (Tansania), Raphael Group (Tansania) und Niger State Investment Consortium sind Begünstigte des Matching Grant Fund zur Durchführung von Projekten zur Verbesserung der Produktion und Produktivität kleinbäuerlicher Reislieferanten.

19. Wann soll die Oilseeds Initiative Africa (OIA) beginnen, und was für Aktivitäten mit welchen Projektpartnern sind dazu geplant?

Der Ansatz zur OIA wird noch entwickelt. Derzeit stehen weder die Konsortialpartner noch die konkreten Umsetzungskonzepte fest.

20. Welche konzeptionellen Überlegungen gibt es für den „Forecast Africa“, bzw. wie weit ist die Planung dafür schon fortgeschritten?

Aktuell gibt es im Rahmen der GFP keine Aktivitäten zum „Forecast Africa“.

21. Was sind die Lehrinhalte sämtlicher Schulungen, die im Rahmen der GFP bisher durchgeführt wurden (bitte alle geplanten Schulungen, inklusive der Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Dozentinnen und Dozenten sowie insbesondere der verwendeten Schulungsmaterialien auflisten)?

In den Reisprojekten werden die Reissbäuerinnen und -bauern in „Guten Landwirtschaftlichen Praktiken“ im Reisanbau sowie zu betriebswirtschaftlichen Themen geschult. Die entsprechenden Trainings umfassen u. a. die Vorbereitung der Felder, das Ausbringen des Saatguts, Bewässerung, Düngung, integrierten Pflanzenschutz (IPM) und Unkrautbekämpfung, Ernte, Dreschen und Lagerung. In der Farmer Business School lernen Reissbäuerinnen und -bauern, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen, d. h. Kosten, Umsätze und Gewinne zu ermitteln, und sie werden geschult zu den Themen Diversifizierung des Anbaus und des Einkommens, Finanzmanagement etc. In den Trainingseinheiten wird auch Wissen über gesunde Ernährung vermittelt. Im Rahmen der PIA wurden keine Schulungen durchgeführt. Personenbezogene Daten können aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

22. Inwieweit ist eine produktneutrale Schulung durch die beteiligten Unternehmen garantiert, wenn diese zumindest im Fall der Potato Initiative Africa (PIA) sowohl Schulungen durchführen als auch Betriebsmittel zur Verfügung stellen (vgl. www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/11/GFP-PIA-Infosheet-DE-7.11.2014.pdf)?

Im Rahmen der PIA werden die Möglichkeiten eines produktionssteigernden Technologietransfers in speziellen Feldversuchen in Kenia und Nigeria getestet. Im Zuge der Feldversuche kommen deutsche Produkte zur Anwendung. Die Feldversuche werden von nationalen und internationalen Forschungsinstituten durchgeführt.

23. Welche Betriebsmittel welcher Unternehmen kommen bei den einzelnen Projekten der Better Rice Initiative Asia – konkret bei den Trainings der „Lead Farmers“ in den einzelnen Ländern sowie bei der Reality-Show „Farmers Love Safety“ – zur Anwendung?

Es gibt keine betriebsmittelspezifischen Vorgaben. Zu Demonstrationszwecken werden diejenigen Betriebsmittel verwendet, die lokal verfügbar sind.

24. Kam in der Reality-Show „Farmers Love Safety“ auch Schutzbekleidung zum Einsatz, die nicht von der Firma „3M“ stammt?

3M ist kein Teilnehmer der GFP. Die Reality-Show wurde in Zusammenarbeit mit dem thailändischen Landwirtschaftsministerium konzipiert. Das Landwirtschaftsministerium kooperiert in verschiedenen Projekten mit 3M – hier steht die Anwendung von Schutzbekleidung im Vordergrund. Zu Demonstrationszwecken werden auf den landwirtschaftlichen Betrieben diejenigen Produkte verwendet, die lokal verfügbar sind.

25. Wie bewertet die Bundesregierung das Product-Placement von „3M“ im Rahmen der Reality-Show, und hält sie es für förderungswürdig?

Auf die Antwort zu Frage 24 wird verwiesen.

26. Wie wird der „freedom of choice“-Ansatz auf den Vorzeigefarmen und bei den Trainings der GFP-Projekte praktisch umgesetzt?

In den Vorhaben werden die Kleinbäuerinnen und -bauern in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Agrarberatungsdiensten geschult. Durch die Vorstellung verschiedener Anbautechniken erklären die Agrarberater den Bauern die unterschiedlichen Optionen, so dass die Beurteilung und eine aufgeklärte Wahl bei den bäuerlichen Betrieben liegen.

27. Welche Alternativen zum Einsatz von chemischen Inputs und dem Kauf kommerziellen Saatguts werden bei den Trainings aufgezeigt?

Die Trainings sehen nicht den Einsatz spezifischer Pflanzenschutzmittel vor, sondern die Qualifizierung darin, eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige und für den jeweiligen Betrieb sinnvolle Form des Pflanzenschutzes zu wählen. Die Trainings basieren auf den Grundzügen des integrierten Pflanzenschutzes, der alle Pflanzenschutzmaßnahmen einbezieht und dabei versucht, den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel auf ein Minimum zu reduzieren bei gleichzeitiger Optimierung der Produktivität. Gleiches Prinzip gilt auch für die Verwendung von Saatgut. Wie in den GFP-Leitlinien festgelegt, wird die Verwendung von GMO-Saatgut (GMO – Gentechnisch veränderte Organismen) in den Trainings nicht als Option dargestellt.

28. In welcher Form sind Bauernorganisationen und Betroffenen Gruppen in die Planung und Konzeption der Vorhaben der GFP eingebunden worden (bitte insbesondere um Informationen dazu, wer genau eingebunden wurde, zu welchem Zeitpunkt der Planung bzw. Konzeption, und inwiefern die Vorschläge der betroffenen Gruppen in den Projekten aufgegriffen wurden)?

Die grundsätzliche Projektkonzeption beruht auf übergreifenden Bedarfsanalysen, nationalen Entwicklungsplänen sowie dem Interesse von GFP-Partnern und der Partnerregierung. Bei der Projektumsetzung und der konkreten Detailplanung zur Umsetzung werden bäuerliche Interessenvertretungen mit eingebunden. Sie sind essentieller Projektpartner für die Vorhaben.

29. Inwiefern ist zukünftig geplant, Bauernorganisationen und Betroffenen Gruppen in die Planung und Konzeption der GFP-Vorhaben einzubinden und nach welchen Kriterien werden die Bauernorganisationen und Betroffenen Gruppen ausgesucht?

Kleinbäuerinnen und -bauern stehen im Fokus der GFP-Projekte. Tatsächliche Bedarfe werden auf Basis von sog. Baselinestudien und in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Beratungssystemen ermittelt.

Die Auswahl der Bauernorganisationen ist abhängig vom jeweiligen Länderszenario und bedarf der Einbettung in Partnerstrukturen und staatliche Beratungssysteme vor Ort.

30. Welche Funktion kommt der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) bei der GFP zu?

Die DEG ist Teilnehmer der GFP und derzeit in kein GFP-Projekt involviert. Sie steht als Ansprechpartner für Finanzierungsfragen zur Verfügung.

31. Welche Verträge mit welchen Projektpartnern hat die DEG bisher im Rahmen der GFP abgeschlossen?

Die DEG hat keine Verträge im Rahmen der GFP abgeschlossen.

32. Von wem kam der Vorschlag, im Rahmen von BRIA Indonesien Schulungen zur Anreicherung von Speiseöl und Reis durchzuführen?

Mangelernährung aufgrund von akutem Nährstoffdefizit stellt eine große Herausforderung in Indonesien dar. Dies spiegelt sich auch in Berichten der WHO wieder. Hier baut die GFP auf den positiven Erfahrungen der Strategic Alliance for Fortified Oil (SAFO) auf. Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit DSM und lokalen Reismühlen entwickelt.

33. Woher stammen die Vitamine, Mineralstoffe und Mikronährstoffe, die bei der Anreicherung von Speiseöl und Reis im Rahmen von BRIA Indonesien verwendet werden (bitte mit Informationen zur regionalen Herkunft sowie dazu, von welchen Unternehmen diese produziert werden)?

Die zur Anreicherung der Lebensmittel verwendeten Mikronährstoffe werden durch die Kooperationspartner DSM und BASF hergestellt.

34. Wer sind die lokalen Partner der Anreicherungsinitiative?

Die lokalen Partner der Anreicherungsinitiative sind das indonesische Planungsministerium (BAPPENAS), staatliche Nahrungsmittelkontrolleure sowie lokale Reismühlen in der Region Nordsumatra.

35. Wie soll in weiterer Folge der langfristige Zugang von armen Bevölkerungsgruppen zu den angereicherten Nahrungsmitteln gesichert werden?

Der langfristige Zugang armer Bevölkerungsgruppen zu den angereicherten Nahrungsmitteln soll durch die Verankerung in die RASKIN-Initiative sichergestellt werden. Die RASKIN-Initiative ist ein soziales Sicherungsprogramm, welches einkommensschwache Haushalte in ganz Indonesien mit subventioniertem Reis versorgt. So werden aktuell rund 15 Millionen Haushalte erreicht.

36. Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über die Preise, zu denen die angereicherten Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten langfristig verkauft werden sollen?

Erfahrungen belegen, dass durch die Anreicherung die Produktionskosten nur geringfügig steigen, so dass sich die Marktpreise bei Speiseöl um etwa 0,2 Prozent, bei Reis um rund 1 bis 5 Prozent erhöhen werden.

37. Unterstützt das BMZ Projekte gegen Mangelernährung in Indonesien, die auf anderen Maßnahmen als der Nährstoffanreicherung basieren (bitte um Nennung solcher Projekte)?

Fortifizierung ist nur eine Maßnahme gegen Mangelernährung. Im Rahmen der BRIA gibt es zudem Aktivitäten, um das Bewusstsein der Bevölkerung für gesunde Ernährung zu steigern. Das BMZ unterstützt zudem in Südostasien (u. a. in Indonesien) das Vorhaben „Fit for School“, das die Gesundheit von Grundschulkindern verbessern soll.

38. Welchen Beitrag – abgesehen von dem Projekt zur Nahrungsanreicherung – leistet die GFP im Kampf gegen die Mangelernährung?

Die Informationsvermittlung für eine ausgewogene und gesunde Ernährung und die Diversifizierung von Anbauprodukten ist Bestandteil spezifischer Schulungen, die im Rahmen der GFP-Projekte durchgeführt werden.

39. Welche „innovativ gesicherte[n] Forschungsergebnisse“ (Teilnahmebedingungen GFP, S. 2) liegen den geplanten Erweiterungsprojekten im Rahmen der GFP zugrunde?

Forschungsergebnisse sind auf der GFP-Website abrufbar. Derzeit sind keine weiteren Projekte im Rahmen der GFP in Planung.

40. Welche Aktivitäten werden innerhalb der GFP-Vorhaben durchgeführt, um rechtliche Rahmenbedingungen in den Projektländern zu ändern, wie dies in den Teilnahmebedingungen der GFP unter dem Punkt „Bemühungen zur Umsetzung grundlegender Rechtsrahmen in Zusammenarbeit mit der Politik und der Verwaltung vor Ort“ angeführt wird, auf welche politischen Veränderungen zielen diese Aktivitäten jeweils konkret ab, und welche Aktivitäten sind hierfür zukünftig geplant (bitte jeweils auch mit Informationen zu den Projektpartnern, die diese Aktivitäten durchführen oder durchführen sollen)?

Im Rahmen der GFP sind keine Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern vorgesehen.

41. Welche Aktivitäten gab es bisher zu dem in den Teilnahmebedingungen der GFP angeführten Punkt „Unterstützung des lokalen politischen Dialogs für einen fairen und transparenten Wettbewerb zwischen lokalen und internationalen Unternehmen“ bzw. welche Aktivitäten sind hierfür geplant?

Ziel der Reisprojekte ist es, die Wettbewerbsfähigkeit lokal produzierter und weiterverarbeiteter Produkte zu erhöhen. Politische Strukturen sind in diesem Rahmen in Projektaktivitäten eingebunden. Bei CARI geschieht dies beispielsweise über die Einbindung einheimischer Interessenverbände in den politischen Dialog. Hierzu wird u. a. mit ECOWAS und EAC kooperiert.

42. Für welchen Zeitraum sind die einzelnen Initiativen der German Food Partnership projektiert, und wie soll die Langfristigkeit der positiven Effekte und Geschäftsbeziehungen über die Projektphase hinaus garantiert werden?

Die BRIA hat eine Laufzeit bis November 2017. Die Langfristigkeit der positiven Effekte soll durch die Integration von und die enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen (z. B. durch die Ausbildung staatlicher Agrarberater) sichergestellt werden.

Die CARI hat eine Laufzeit bis Dezember 2017. Die Langfristigkeit der positiven Effekte soll durch die (über den Matching Grant Fund geförderten) Investitionen der Unternehmen in ihre eigenen Lieferketten sowie durch die kommerzielle Tragfähigkeit der Geschäftsmodelle sichergestellt werden.

Die PIA hat eine Laufzeit von März 2014 bis Dezember 2015. Die Ergebnisse der Pilotphase werden lokalen Institutionen zur Verfügung stehen. Eine Weiterführung der Initiative ist abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Pilotphase.

43. Sind dem BMZ Fälle bekannt, in denen Unternehmen, die Betriebsmittel wie Dünger, Saatgut oder Maschinen produzieren, staatliche oder staatlich geförderte Ausbildungskurse für Bäuerinnen und Bauern in Deutschland leiten bzw. abhalten (wenn ja, bitte um Angabe der bekannten Kurse)?

Dem BMZ liegen hierzu keine Informationen vor.

44. Mit welchen Nichtregierungsorganisationen wurde vereinbart, das Projekt der German Food Partnership auf den Philippinen zu besuchen, wie im Brief des BMZ an den Abgeordneten Niema Movassat vom 21. November 2014 angekündigt, und wann soll die geplante Reise stattfinden?

Es handelt sich um die Nichtregierungsorganisationen FIAN, INKOTA und OXFAM Deutschland. Als Zeitfenster wurde Ende 2015 bis Anfang 2016 anvisiert.

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung

Sprecher für Welternährung, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 227-73179

Telefon: 030 227-71760

Fax: 030 227-76179

Fax: 030 227-76663

heike.haensel@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Carlos Hainsfurth

Dr. Birgit Bock-Luna

Harald Neuber

Andreas Grünewald

Henning Zierock

Manuel Faber

Nicolai Röschert

Dr. Alexander King, Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Telefon: 030 227-52802

alexander.king@linksfraktion.de